



Unser Rezept für Frieden: Humanität und Menschenrechte



Die Ärztinnen und Ärzte, Medizinstudierenden und viele, viele Freundinnen und Freunde der IPPNW haben sich im Jahr 2018 durch lokale, bundesweite und internationale Aktionen und Kampagnen für unsere Themen eingesetzt.

Gemeinsam streben wir nach einer Welt frei von atomarer Bedrohung, frei von Krieg und Missachtung der Menschenrechte. Wir handeln im Sinne einer Medizin in sozialer Verantwortung. Wir stellen uns auch 2019 bleibenden Herausforderungen.

Lesen Sie eine Auswahl, was Ihre IPPNW im Jahr 2018 getan hat und unterstützen Sie unsere gemeinsamen Aufgaben für 2019.

Körtestraße 10, 10967 Berlin
Telefon 030.69 80 74-0, Fax 030.693 81 66
E-mail: ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

Internationale Ärzte
für die Verhütung des Atomkrieges/
Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW)



Bitte unterstützen Sie das Engagement der IPPNW mit einer Spende:
Bank für Sozialwirtschaft, Konto 22 22 210, BLZ 100 205 00, Stichwort: Aufgaben 2019



IPPNW ist Teil der Zivilgesellschaft

Viele Mitglieder, darunter auch der Vorstand der IPPNW, haben im Oktober in Berlin an der völlig unerwartet großen Demonstration #Un-teilbar teilgenommen. Wir waren Teil einer 240.000 Menschen umfassenden Demonstration der Zivilgesellschaft gegen Rassismus, gegen Menschenverachtung und gegen den Rechtsruck in unserer Gesellschaft. IPPNW hatte sich als eine der über 450 Organisationen und Initiativen in das Projekt eingebracht. Im Aufruf hieß es: „Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.“

Deutschland muss den Atomwaffen-verbotsvertrag zeichnen

Deutschland dazu zu bringen, den 2017 verabschiedeten UN-Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen zu zeichnen – und später auch zu ratifizieren – ist die zentrale Aufgabenstellung für die deutsche IPPNW und die Kampagne ICAN. Deutlich schneller als für jedes andere multilaterale Abrüstungsabkommen hinterlegen Staaten ihre Unterschriften. Ende November 2018 gab es 69 Unterzeichnungen und 19 Ratifizierungen. Sobald 50 Ratifikationen erreicht sind, tritt der Vertrag in Kraft. Die IPPNW, zusammen mit ICAN-Deutschland und „atomwaffenfrei“, schaltete in der FAZ eine einseitige Anzeige mit 1.684 namentlich genannten Unterstützerinnen und Unterstützern. Gemeinsam werden auch Unterschriften von Abgeordneten des Bundestages, Europaparlaments und der Landtage gesammelt. Bislang geloben 340 Abgeordnete, „auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses bahnbrechenden Vertrages durch unsere jeweiligen Staaten hinzuwirken“.



Die IPPNW wirkt international

Auf die Androhung der USA, das Iran-Atomabkommen (JCPOA) einseitig zu beenden, haben die IPPNW-Sektionen aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland sich gegenüber ihren Regierungen dafür eingesetzt, das Abkommen zu erhalten. Besonders die verschärften US-Sanktionen hätten unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung der iranischen Bevölkerung. Zudem erhöhe sich die Gefahr neuer und verschärfter Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. International wurde ebenfalls auf die Ankündigung der USA reagiert, den INF-Vertrag zur Kontrolle landgestützter nuklearer Mittelstreckensysteme zu verlassen. Ohne Vertrag wird ein unkontrolliertes atomares Wettrüsten zwischen den USA und Russland befürchtet. Damit entsteht wieder die Möglichkeit der Stationierung von Atomwaffen in Europa, besonders in Deutschland. Die deutsche IPPNW wiederholte die Forderung an die Bundesregierung, Deutschland atomwaffenfrei zu machen und dafür zu sorgen, dass die US-Atombomben aus Büchel abgezogen werden.



IPPNW-Aktionswoche in Büchel

Neben dem Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland fordert die IPPNW das Ende der sogenannten Nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO. Die US-Atomwaffen liegen auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Die IPPNW kritisiert die Pläne ihrer „Modernisierung“ als Aufrüstung, denn die Waffen werden neue Einsatzqualitäten erhalten. Für ihren Einsatz werden deutsche Piloten trainiert. Jeden Sommer zeigt sich die deutsche IPPNW mit vielen anderen aus der Friedensbewegung vor dem Standort und gestaltet eine IPPNW-Woche. Zum Auftakt organisierte sie diesmal in Zusammenarbeit mit der Kampagne ICAN ein Symposium zum Stand der Anstrengungen, den Atomwaffenverbotsvertrag international umzusetzen.

Gesundheit muss ein Menschenrecht sein

Die IPPNW ist an dem Bündnis „Gesundheit ein Menschenrecht“ beteiligt. Auch wenn das Grundgesetz die körperliche Unversehrtheit und ein menschenwürdiges Existenzminimum zusichert, wozu auch die Versorgung im Krankheitsfall zählt, ist das nicht die Realität für z.B. arme Menschen. Und für Personen ohne Aufenthaltstitel, also Menschen ohne Papiere, wird das grundgesetzlich garantierte Recht auf medizinische Leistungen durch die Asylgesetzgebung noch weiter eingeschränkt – wenn nicht gar unmöglich gemacht. Die Sozialämter sind gesetzlich verpflichtet, die Daten von Leistungen beantragenden Menschen ohne Papiere an die Ausländerbehörde weiter zu leiten. Das hält viele Menschen von einer Beantragung ab. Dieser Umstand macht die von der IPPNW unterstützten ehrenamtlich wirkenden MediNetze und MediBüros für ein Mindestmaß an Gesundheitsversorgung für diese Menschen sehr wichtig.



Klima und Gesundheit

Der Zusammenhang von Klima und Gesundheit wird seit einigen Jahren in der IPPNW immer ausführlicher diskutiert. Viele Mitglieder, Studierende und junge Ärzt*innen beschäftigt die Klimaveränderung als gesundheitliche Herausforderung. Zur Stärkung der politischen Wirksamkeit ist die IPPNW der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit beigetreten. Die Allianz von Akteuren aus dem Gesundheitsbereich will das langfristige Engagement des Gesundheitssektors im Klimaschutz fördern. Ziel ist, dass der Klimawandel von einer kritischen Menge von Gesundheitsorganisationen und Einzelpersonen als wichtige Herausforderung für den Gesundheitssektor anerkannt wird und Klimaschutz im Gesundheitswesen unter Priorisierung der damit verbundenen Gesundheitschancen umgesetzt wird. Die Mitgliederversammlung befürwortete dieses Vorgehen mit großer Mehrheit.



IPPNW im Disput um Altersdiagnostik bei jugendlichen Flüchtlingen

Nicht nur das Röntgen zur Altersbestimmung ist umstritten. Mehrmals (1995, 2007 und 2010) hat der Deutsche Ärztetag das Röntgen des Handgelenks ohne medizinische Notwendigkeit für einen „Eingriff in die körperliche Unversehrtheit“ verurteilt. Die Kritik der IPPNW geht weiter wenn sie argumentiert, es sei medizinisch nicht möglich, ein Alter festzustellen. Statt der oft verwendeten Begriffe „Altersfeststellung“ oder „Altersbestimmung“ müssen Ärztinnen und Ärzte vielmehr ganz bescheiden von „Altersschätzung“ oder allenfalls von „Altersfestsetzung“ sprechen. Es sei zudem nötig, dass erfahrenen Kinder- und Jugendärzten oder Jugend-Psychologen die Gelegenheit gewährt wird, eine gründliche Anamnese zu erheben.



Stoppt die Rüstungsexporte

Die deutschen Rüstungsexporte waren in diesem Jahr ein wichtiges Thema für unsere Aktivitäten. Sie sind nicht nur ein blutiges Geschäft, sondern sie stehen für das Mitwirken Deutschlands in diversen Kriegen und bewaffneten Konflikten. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Exporteur von Kleinwaffen und der fünftgrößte Exporteur von Großwaffensystemen. Breite öffentliche Aufmerksamkeit erlangte „Frieden geht!“, ein zweiwöchiger Staffellauf durch Deutschland, an dem sich die IPPNW bei der zentralen Planung, in Berlin und an vielen Stationen äußerst engagiert beteiligte. Die Streckenführung berührte Rüstungsproduktionen von Oberndorf am Neckar über Karlsruhe, Mannheim, Kassel, Jena bis Potsdam und endete mit einer Demonstration in Berlin. Nicht nur den sportlichen Beteiligten gefiel, dass körperliche Ertüchtigung mit einem friedenspolitischen Anliegen verbunden wurde. Aktiv involviert ist IPPNW bei der Entwicklung des „Global Net – Stop the Arms Trade“. Um Waffentransfers an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten bzw. Kombattanten aufzudecken, müssen Informationen weltweit zugänglich gemacht werden. Während die Waffenindustrie global agiert, sind Rüstungsexportkritiker*innen rund um den Globus bislang nur unzureichend vernetzt. Kriegswaffen werden in den reichen Industrienationen des Nordens produziert, damit gemordet wird vor allem im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika sowie Lateinamerika. Diesem Defizit will das Global Net entgegenreten. Das Netzwerk Aktion Aufschrei mit IPPNW-Beteiligung hat in diesem Jahr seinen Schwerpunkt auf die Rheinmetall AG gelegt, die über Tochtergesellschaften Bomben, Munition und ganze Munitionsfabriken an Staaten wie Saudi-Arabien liefert und damit offenbar die deutschen Rüstungsexportkontrollen umschiffet. So wurde im Jemen-Krieg der Einsatz von Bomben einer italienischen Rheinmetall-Tochtergesellschaft dokumentiert. Mittels einer Postkarte fordern viele Menschen den Vorstandsvorsitzenden der Rheinmetall AG auf, die Munitionsexporte aller Rheinmetall-Unternehmen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten zu stoppen.





Regionalgruppen sind aktiv

Der Friedensnobelpreis für die IPPNW-Kampagne ICAN hat in einigen Orten dazu geführt, dass Kolleginnen und Kollegen der IPPNW ihre Gruppen vor Ort wieder belebt haben oder sogar neue gegründet wurden. In Hamburg, Landsberg am Lech und in Münster wurden alte und neue Kontakte genutzt und zu ersten Veranstaltungen eingeladen. Dabei war immer zentral das Anliegen des Atomwaffenverbotsvertrages. Aber auch gestandene Gruppen wie in Ulm beteiligten sich an den Ulmer Friedenwochen, die sich das Ziel gesetzt hatte, sich mit 34 Veranstaltungen um eine friedvolle, soziale und demokratische Entwicklung in unserer Gesellschaft aber auch über unsere eigene Gesellschaft hinaus zu bemühen. Für die Gruppe in Weiden / Oberpfalz wiederum waren die Gedenktage an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki Anlass, aktiv in der Öffentlichkeit zu werden.

Jahres- und Mitgliederversammlung der IPPNW

Das gut besuchte Jahrestreffen und die Mitgliederversammlung fanden 2018 in Köln statt. Mitglieder hörten Vorträge zu Themen wie Klima, Umwelt und Gesundheit sowie zu der Frage von Rassismus und Postkolonialismus und diskutierten in regem Austausch das wissenschaftliche Selbstverständnis der IPPNW. Workshops boten eine Einführung in gewaltfreie Kommunikation, erläuterten die Strategie zu einem Atomwaffenverbotsvertrag, diskutierten das Thema GroKo und das Asylrecht und vertieften Frage zu Klimawandel und Gesundheit. In Anträgen wurde die dringliche Notwendigkeit für Friedensinitiativen in der Region des Nahen- und Mittleren Ostens und ein Stopp des Drohnenkriegs über Ramstein im Jemen thematisiert. Statt einer Erhöhung der Militärausgaben auf 2% des BSP solle vermehrt in Zivile Konfliktbearbeitung investiert werden. Neben der Forderung nach einem Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wurde ein Stopp des Drohnenkrieges bekräftigt. Schließlich legte die Mitgliederversammlung den Grundstein für die zukünftige politische Beschäftigung mit dem komplexen Thema Klimawandel und Gesundheit. Am Sonntag endete das Treffen mit einer Aktion vor dem Kölner Hauptbahnhof mit der Forderung: „Macht Frieden – zivile Lösungen für den Syrien“.



Die IPPNW erinnert dankbar an ...

Bereits im November 2017 verstarb in Berlin **Michi Roelen**, der langjährige Pressesprecher und Geschäftsführer der IPPNW. „Michi kann sicher als einer der entscheidenden Architekten und Baumeister der Deutschen IPPNW benannt werden. Wir schulden ihm größten Dank und Respekt“, schrieb Ulrich Fegeler in seinem Nachruf.

Vermissten werden wir auch den fränkischen Landarzt **Wolfram Braun**, Herz und Kopf des Projekts „Versöhnungsbrücken“. Er, der selbst als Kind den Krieg erfahren musste, organisierte seit 1995 den jährlichen Austausch von Medizinstudierenden aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens nach Würzburg. Wir hoffen auf IPPNW-Ärzt*innen, die dieses Engagement für Versöhnung in Wolfram Brauns Andenken und für Europas Zukunft fortführen.

Zudem betrauern wir den Verlust unseres Wissenschaftlichen Beirates und kritischen Gegenwartsanalysten Prof. **Elmar Altvater** sowie von **Ury Avnery**, dem bis zuletzt ungebrochenen Kritiker von Menschenrechtsverletzungen in Israel und Palästina. Der IPPNW war Uri Avnery freundschaftlich verbunden. Über die Jahre erschienen viele seiner Artikel in Übersetzung im IPPNW-Forum.

Studierende in der IPPNW: 20 Jahre f&e

Dieses Jahr feierte das Projekt „famulieren und engagieren“, in der IPPNW-Sprache abgekürzt zu „f&e“, sein 20-jähriges Bestehen. In diesen Jahren wurden Medizinstudierende zu ausländischen Partner*innen geschickt, wo sie eine Famulatur absolvieren konnten aber sich darüber hinaus anschließend an einem sozialen Projekt beteiligten. Mit diesem Konzept wurde zudem eine kleine Zahl an ausländischen Gästen eingeladen, denen in Deutschland ein entsprechendes Angebot gemacht wurde. Inzwischen ist das Projekt f&e eng verknüpft mit den Inhalten von Medical Peacework. Aus dem großen Pool an f&e-Teilnehmer*innen engagierten sich in den Folgejahren Studierende und junge Kolleg*innen weiterhin in der IPPNW.

